

25.11.2004

Winfried Hermann, Umwelt

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Winfried Hermann, Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Hermann(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der ersten Beratung und auch im Ausschuss zu den Zahlen des Haushaltes gesprochen. Verschiedene Kolleginnen und Kollegen haben das heute hier im Plenum gemacht. Ich möchte meine heutige Rede einem einzigen Thema widmen, nämlich den Entscheidungsabläufen, den **Gesetzgebungsprozessen** im Umweltbereich.

(Albrecht Feibel [CDU/CSU]: Der Überbürokratisierung!)

Ich möchte einmal darüber sprechen, warum das alles so kompliziert und langwierig ist und warum es überhaupt so schwierig ist, dort voranzukommen.

Ob Hochwasserschutz, ob Lärmbekämpfung, ob Luftreinhaltung, ob Umweltverträglichkeitsprüfung - Sie können jedes Thema nehmen -: Es dauert ziemlich lang,

(Albrecht Feibel [CDU/CSU]: Gewerbebau zum Beispiel! Infrastruktur!)

wenn ein Thema endlich aus dem Bundestag heraus und in den Bundesrat kommt.

(Elke Ferner [SPD]: So ist es!)

- So ist es. - Dort, im Bundesrat, sind Ihre Länder in der Mehrheit. Dort ist überwiegend angesagt: Hinausschieben,

(Elke Ferner [SPD]: Genau!)

Blockieren,

(Elke Ferner [SPD]: Ja!)

Verwässern, Verändern bis zur Unkenntlichkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU/ CSU)

Das muss man Ihnen schon sagen: Sie tragen ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für diesen Prozess,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sie haben ein Feindbild!)

gerade über Ihre Länder.

Weil Ihre Kollegen gerne immer wieder das **Dosenpfand** ansprechen:

© Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Quelle: <http://www.gruene-fraktion.de>

ePost@gruene-fraktion.de

(Albrecht Feibel [CDU/CSU]: Sie machen es noch komplizierter!)

Den Kompromiss, den wir jetzt endlich haben, hätten wir vor zwei Jahren genauso haben können,

(Birgit Homburger [FDP]: Das war auch vor zwei Jahren nicht europarechtskonform!)

wenn Sie nicht zu jener Zeit die Strategie verfolgt hätten, das Dosenpfand ganz zu beseitigen. Das war doch Ihr Problem. Deswegen hat es so lange gedauert. Deswegen hat sich alles verzögert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Werner Wittlich [CDU/CSU]: Keine Ahnung, und davon sehr viel!)

Meine Damen und Herren, im Bundesrat wird oft die Position vertreten, europäisches Recht dürfe auf gar keinen Fall ambitioniert umgesetzt werden,

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: „Ambitioniert“, was heißt das konkret? - Albrecht Feibel [CDU/CSU]: So viel wie „ideologisiert“! - Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Deutscher Sonderweg zulasten der Arbeitsplätze!)

auf gar keinen Fall dürfe es irgendwie die Wirtschaft behindern. Die Lösung dürfe nicht so aufwendig, nicht bürokratisch sein. Sie haben im Bundesrat immer die Linie vertreten, möglichst wenig zu tun.

Aber wer immer nur eins zu eins umsetzt und an der untersten Grenze der Einheitlichkeit stehen bleibt, der kann nie und nimmer die Vorreiterrolle spielen.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zu Wettbewerbsverzerrungen! Das ist doch das Problem!)

Wenn man die Vorreiterrolle spielen will, dann muss man die beste ökologische Effizienz propagieren, dann muss man einen höheren Standard als die durchschnittlichen Werte propagieren.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Super! Sie haben die europäische Umweltpolitik noch gar nicht verstanden!)

Man weiß, dass dies auch ökonomisch dauerhaft und langfristig einen Vorsprung bringt und keine Kostenbelastung bedeutet.

Meine Damen und Herren, im Bundesrat setzt sich auch zunehmend die Haltung durch, das eigene Landesinteresse in den Vordergrund zu stellen, was oftmals ein ziemlich deutliches **Partikularinteresse** ist: Gut ist nur das, was wir in unserem Land schon haben. Alles andere, was im Interesse der Bundesrepublik insgesamt einheitlich sinnvoll wäre, wird abgelehnt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Zum Beispiel?)

Das sage ich bewusst an alle Länder. Denn ich beobachte, dass sich dieser Trend in den letzten Jahren ziemlich fortgesetzt hat.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Zum Beispiel?)

- Zum Beispiel im Hochwasserschutzgesetz.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Wir sind da gerade in Verhandlungen. Die Länder vertreten im Grunde genommen die Position: Der Bund soll uns möglichst nichts vorschreiben, keine ambitionierten Lösungen.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Was sagt die SPD-Fraktion zu ihrem eigenen SPD-Minister? Sie haben heute wohl noch nicht die Zeitung gelesen!)

Wenn das Hochwasser kommt, dann soll der Bund zahlen, dann muss die Republik erhalten. - Das ist doch eine völlig verantwortungslose Haltung. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Das ist im Moment unser Problem in den Verhandlungen.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Ich würde mal mit der SPD-Ministerin sprechen!)

Stichwort **Umgebungslärm**, angesprochen vom Kollegen Kauch. Die Situation ist doch in der Tat so: Wir haben das mit großer Mühe durch den Bundestag gebracht. Jetzt liegt es im Bundesrat. Es wird wieder blockiert und abgelehnt. Im Grunde genommen fordern die Bundesländer uns auf, europäisches Recht nicht umzusetzen. Jetzt kommt der Kollege Kauch und sagt: Sie haben nicht einmal den Mut, neben der Lärmkartierung auch Zielgrenzwerte festzulegen. - Das hat die EU gerade nicht gemacht. Sie wären die Allerersten, die uns wieder vorgeworfen hätten, die Vorgaben nicht eins zu eins umzusetzen und der deutschen Wirtschaft höhere Auflagen zu machen, was dem Mittelstand schade.

(Michael Kauch [FDP]: Per Rechtsverordnung, nicht per Gesetz! Das ist doch Unsinn!)

Das wäre Ihre Argumentationsweise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber selbst diese wenig ambitionierte Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie - wir wissen ja, wie die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sind - wird jetzt blockiert.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist die am wenigsten ambitionierte Umweltpolitik in ganz Europa!)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir dann noch das Verfahren im Vermittlungsausschuss anschau, dann muss ich wirklich sagen: Es ist zunehmend bedenklich, wie oft der Bundesrat selbst dann, wenn er formal noch nicht einmal zuständig ist, wenn die Gesetzgebungskompetenz also beim Bund liegt, reinregiert.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Ach! Mir kommen die Tränen!)

Es gibt unechte und echte Vermittlungsverfahren, durch die das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren immer mehr ausgehebelt wird. Dann wird in Kleingruppen nachverhandelt. Anschließend müssen Bundestag und Bundesrat, ohne eine weitere Debatte führen zu können, genau die Ergebnisse schlucken, die in den Kleingruppen ausgehandelt wurden.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Ja! Sie brauchen aber die Mehrheit!)

Ich habe gegen solche Verfahren immer mehr Bedenken. Diese Entwicklung bedauere ich außerordentlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was ist die Konsequenz?

(Otto Fricke [FDP]: Und was ist mit der Föderalismuskommission?)

- Genau. Dieses Problem müssen wir in der **Föderalismuskommission** angehen. Denn ich halte es aus umweltpolitischen Gründen für unerträglich, dass unsere Gesetzgebungsverfahren immer langwieriger und schwieriger werden, dass ihre Ergebnisse immer mehr verwässert werden und dass dadurch keine ambitionierte und schnell handelnde Umweltpolitik mehr möglich ist.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das Wort „ambitioniert“ haben Sie jetzt aber schon sehr stark strapaziert! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eher ideologisiert als ambitioniert!)

Letztendlich landen wir dadurch bei einem wachweichen Allparteienkompromiss, der uns in unserer Sache nicht weiterführt. Daher ist es zwingend notwendig, dass wir im Rahmen der Föderalismuskommission Vorschläge erarbeiten, durch die die Gesetzgebungskompetenz des Bundes gestärkt wird.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ich denke, wir müssen etwas für die Umwelt tun! Was hat das denn mit der Föderalismuskommission zu tun?)

Denn in wesentlichen Bereichen brauchen wir die Federführung des Bundes: beim Emissionsrecht, beim Wasserrecht und - das betrifft die konkurrierende Gesetzgebung - auch beim Abfallrecht.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Winfried Hermann(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Zum Schluss aber bitte sehr ambitioniert!)

Wenn wir im Umweltbereich keine klare und einheitliche nationale Regelung schaffen, dann wird die Gesetzgebung weiterhin ein Prozess sein, in dem Ergebnisse verschleppt werden, der der Umwelt insgesamt nicht gut tut, uns immer mehr zurückwirft und uns von unserer Vorreiterposition abbringt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Auf Wiedersehen und vielen Dank!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Dafür nicht!)